

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

12.8.1927 (No. 185)

Expedition:
Karlsruherstraße Nr. 14
Telefon Nr. 953
und 954
Postkontokonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. Mend.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.- RM. einjähr. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Verteilung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von hässlicher Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verschickt, in beschränkter Umlage oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen. Abschaltung der Zeitung kann nur je bis 26. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Wirtschaftliche Umschau

Es soll nun mit einem weiteren Aufwand von rund einer Milliarde Mark, die endgültige Entschädigung derjenigen, die durch den Krieg, die Liquidation ihres Eigentums, die Verdrängung, Schäden an ihrem Besitz erlitten haben, erfolgen. Im Herbst soll sich der Reichstag mit der Vorlage der Regierung, dem Kriegsschadenschlussgesetz beschäftigen, welches versucht, dieses schwierige Problem einigermaßen befriedigend unter Berücksichtigung der Finanzlage des Reiches zu regeln. Die bisher gezahlten Entschädigungen werden auf gleichfalls eine Milliarde geschätzt, so daß dieser für diese Zwecke auszuwerfende Betrag verdoppelt wird. Er wird lange nicht an den wirklichen Schaden heranreichen, denn dieser wurde in den amtlichen Feststellungen auf annähernd 10 1/2 Milliarden angenommen. Die Entschädigungen werden bis zu einem Grundbetrag von 20 000 Mark in bar, bei höheren Beträgen durch Schuldbeiträge, die in Schuldverschreibungen umgewandelt werden können, bezahlt. Auf eine volle Entschädigung können die Geschädigten freilich nicht rechnen, sie sind wie die an Leben und Gesundheit oder durch Verlust des Ernährers oder anderer Familienmitglieder Betroffenen Opfer des verlorenen Krieges. Dazu werden nur nachweislich erlittene Sachschäden ersetzt. Schädigungen an Gesundheit und Arbeitskraft, Verlust der Existenz, Verluste beim Verkauf von Eigentum und Wertpapieren bei der Vertreibung fallen aus. Doch sollen die „Entwurzelten“, d. h. diejenigen, „die infolge des Schadens eine wirtschaftliche Lebensgrundlage nicht mehr besitzen“ nach dem Wortlaut des Gesetzes sogar höher entschädigt werden, während diejenigen, welche sich eine neue, wenn auch bescheidene Existenz geschaffen haben, leer ausgehen, wenn sie keinen Sachschaden anmelden konnten. An diesem letzteren Punkte setzt schon die Kritik ein, die freilich sich auch mit vielem anderen, vor allem mit der Höhe der Entschädigungen beschäftigt. So wurden die 12- bis 18-prozentigen Entschädigungen, welche für Schäden bis zu 200 000 Mark bezahlt werden sollen, als unzulänglich bezeichnet, zumal hier gerade der Mittelstand in Betracht komme. Ebenso wird gewünscht, daß bisherige Ungerechtigkeiten bei der Festsetzung der Schädigungshöhe nachgeprüft werden können. Daß alle auch in noch so kleinen Beträgen gezahlten Vorleistungen angerechnet werden, die vielfach nur zur Linderung der augenblicklichen Notlage verwendet werden konnten, wird gleichfalls bedauert. Natürlich gibt es auch noch weitergehende Wünsche. Der Reichsfinanzminister hat es abgelehnt, größere Mittel durch eine Inlands- oder Auslandsanleihe aufzubringen, aber auch die Einstellung der Ausgaben in den laufenden Etat nicht für durchführbar erklärt. Es sollen für die Schlussentschädigung Vermögenswerte des Reiches, vor allem die früher von der Reichsbahn übernommenen 720 Millionen Vorzugsaktien realisiert werden, was freilich erst in einem längeren Zeitraum der auch für die allmähliche Tilgung der Entschädigungsansprüche in Aussicht genommen ist, durchführbar sein wird.

Nächst der Kohle ist das Erdöl einer der wichtigsten Bodenschätze, um so wichtiger, weil es lange nicht so relativ gleichmäßig verteilt, wie die Kohle auf der Erde in ausbeutungswürdigen großen Mengen vorkommt und nur wenige Staaten darüber verfügen. Heute stehen sich in der Hauptsache zwei große Kräfte gegenüber, der Rockefeller Trust, mit dem die großen amerikanischen Ölgesellschaften in mehr oder weniger enger Verbindung stehen und der englische Shellkonzern, der von dem englischen Holländer Deterding kontrolliert wird und als spezifisch englisches Unternehmen anzusehen ist. Zwischen den englischen und amerikanischen Ölgesellschaften ist nun ein schwerer Konflikt entstanden, weil zwei große amerikanische Gesellschaften, die Standard Oil Co. of New York und die Vacuum Oil Co. mit dem sowjetrussischen Naphthasyndikat Verträge abgeschlossen haben, monach sie fünf Jahre lang jährlich 100 000 Tonnen russisches Öl abnehmen und nach Schaffung einer Verkaufsorganisation im nahen Osten vertreiben wollen.

Einst, vor dem Krieg, hatte die englische Shellgruppe einen erheblichen Teil der russischen Naphthaproduktion

kontrolliert, diese Kontrolle aber verloren, als Moskau die russischen Ölfelder entschädigungslos in Besitz nahm. Schon aus diesem Grunde ist man in England über das amerikanisch-russische Abkommen außerordentlich entrüstet, zumal man von Russland vergeblich gefordert hatte, daß es die Rechte der früheren Petroleumbesitzer anerkenne und daß 10 Prozent dieser Werte in einer englischen Trustgesellschaft deponiert werden müßten. In einer Erklärung Deterdings wird die Standard Oil Co. als Helfer gestohlenen Gutes bezeichnet und der Kampf gegen den amerikanischen Öltrust angefaßt. Interessant ist es dabei, daß die amerikanische Standard Oil Co. of New Jersey sich kürzlich scharf gegen das Abkommen mit Russland wendete. Aber da man in England weiß, daß es seit dem Antitrustgesetz in Amerika zwar formell voneinander vollkommen unabhängige Standard Oil-Gesellschaften gibt, daß sie aber in Wirklichkeit stets nach gemeinsamer Direktive arbeiten, glaubt man lediglich an ein Spiel mit verteilten Rollen und mißtraut dieser Erklärung.

Es handelt sich hier nicht nur um Konkurrenzämpfe privater Gesellschaften, sondern um einen Wirtschaftskampf nationaler Art zwischen Amerika und England, welcher letzteres auch als Ölkonkurrent in seinen großen zahlreichen außereuropäischen Besitzungen einen Machtfaktor darstellt. Die englische Gruppe wendet sich bereits an das englische und holländische Volk, den Vertrieb russischer Erzeugnisse allgemein zu verurteilen. Freilich ohne amerikanisches Petroleum wird es kaum gehen, da Rockefeller wohl zwei Drittel der ganzen Ölproduktion der Welt, deren gegenwärtige Gesamtzeugung auf 150 Mill. Tonnen anzunehmen ist, kontrolliert. Die englische Gruppe verfügt in der Hauptsache über Produktionsstätten in Asien (die mesopotamischen sind allerdings noch nicht erschlossen), auch in Mexiko und Südamerika. Ihre Erzeugung ist aber erheblich geringer als die amerikanische, die russische Produktion entspricht wieder der der Vorkriegszeit, leidet aber unter Kapitalmangel und dem Fehlen einer ausreichenden Absatzorganisation. Amerika will nun dem russischen Petroleum den Weg auf den Weltmarkt ebnen, nachdem vielleicht gerade auf Betreiben der durch die russische Beschlagnahme der Ölfelder geschädigten englischen Interessenten, der diplomatische Bruch Englands mit Russland erfolgt ist. Es ist möglich, daß der kürzliche Beschluß der Zentralhandelskammer der Vereinigten Staaten, der sich gegen die Anknüpfung intensiver Geschäftsverbindungen mit Russland wendet, auf einen Wink Washingtons zustande kam, um die Erbitterung in England nicht allzugroß werden und nicht politische Folgerungen eintreten zu lassen.

Im Zusammenhang mit obigen verdienen naturgemäß die Verhandlungen und Besprechungen, welche die F. G. Farbenindustrie, die erste Erzeugerin des deutschen Kunststoffs, der verflüssigten Kohle, mit amerikanischen Ölproduzenten hatte, besondere Beachtung, zumal für die Kunststoffherstellung sich nicht nur in England (durch den englischen Chemietrust), sondern auch in Frankreich aus verständlichen Gründen seit einiger Zeit größeres Interesse zeigt.

Nach verschiedenen Meldungen hat man sich, was Herstellung und Absatz des Kunststoffs in Amerika anlangt, bisher lediglich auf ein amerikanisches Vorkaufsrecht auf die Patente geeinigt. Man wird in Amerika wohl noch die weitere Entwicklung der deutschen Kunststoffherstellung abwarten und zu dieser Produktion solange nicht übergehen, als die natürlichen Vorräte in Amerika ausreichen. Dagegen ist man zu lediglich für Amerika geltenden Vereinbarungen über ein neues Verfahren der F. G. Farben für die Raffinerie von Erdöl gelangt. Vertragspartner ist die oben genannte Standard Oil Co. of New Jersey, die in der Erdölraffinerie die Führung besitzt, und die deshalb auch bemüht ist, Verbindung mit den Kunststoffproduzenten zu haben. Auch über die Verwertung eines Kunststoffs, des Stykols, das für die Sprengstoff- und Farbherstellung erhebliche Bedeutung hat, wurde verhandelt. Wie es heißt, soll die neue Erdölraffinerie, d. h. die verbesserte Herstellung von Leichtölen aus Rohöl durch die F. G. Farben in Deutschland in Oppau aufgenommen werden. Das Kunstbenzin das die F. G. Farben in Merseburg in einem Großbetrieb mit 1500 Arbeitern herstellt, soll erst Anfang nächsten Jahres nach Schaffung einer Absatz-

organisation in den Handel kommen. An dieser Absatzorganisation sollen anscheinend auch die amerikanischen und englischen Erdölinteressenten beteiligt werden, so daß also auch das Kunstbenzin in das System der großen Erdöltrusts einbezogen würde.

Ob diese Verflechtung der Produktion so außerordentlich wichtiger Artikel, wie sie die Erdöl- und Kohleprodukte darstellen, für die Allgemeinheit wünschenswert ist, kann strittig sein. Vorerst wirken, wie der amerikanisch-englische Erdölkonflikt zeigt, die Gegensätze der nationalen Wirtschaften sich so aus, daß das Tempo der Weltverflechtung sich doch mäsigt. Andererseits würde freilich eine solche Entwicklung, falls die Staaten sich dringend notwendige wirtschaftliche Kontrollrechte erhalten könnten, doch manche Grund-lage zu politischer Verständigung schaffen.

Der Verfassungstag in Berlin

Der Tag der Verfassungsfeier begann in Berlin Donnerstag morgen bei schönem Sonnenschein. Die öffentlichen Gebäude hatten in den Reichsfarben geflaggt. Die preussischen Amtsstellen zeigten daneben auch die schwarz-weißen Fahnen. Auf dem Reichswahnenministerium in der Wilhelmstraße wehte die schwarz-weiß-rote Wehrfahne mit dem eisernen Kreuz. Die Stadt Berlin hatte in diesem Jahre zum ersten Male auch ihre Verkehrsmittel mit Fahnen geschmückt. Die Automobile trugen links und rechts je eine schwarz-rot-goldene und eine Flagge in den Stadtfarben, die Straßenbahnen zeigten an der Schnur der Führungstange eine schwarz-rot-goldene Fahne. Auch die Eingänge der Untergrundbahnhöfe waren entsprechend geschmückt. Besonders zahlreich haben in diesem Jahre auch Privathäuser geflaggt.

Die Verfassungsfeier im Reichstag begann Punkt 12 Uhr. Auf der Regierungsbank saßen der Reichskanzler Dr. Marx, neben ihm der Reichsminister für den Reichswahnen, der preussische Ministerpräsident Dr. Braun und die Reichsminister Herzt, Stresemann, Schiele und Schädel; ferner waren anwesend mehrere Staatssekretäre, der Generaldirektor der Reichsbahn Dr. Dormmüller und die Bevollmächtigten der Länder. Mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg erschienen noch Reichsminister von Reubell, der Chef der Heeresleitung, General von See, und der Chef der Reichsmarine, Admiral von Jenck.

Abgeordneter von Kardorff nahm nach einem Vortrag des Sprechers der Universität Berlin das Wort zu einer Rede. Er führte aus: Die Verfassungsfeier soll kein jubelndes Fest sein. Sie soll ein Tag sein der Einheit und der Sammlung. An diesem Tage soll der Parteistreit ruhen. Wir feiern diesen Tag, weil an ihm Deutschland wieder einen festen Rechtsboden unter die Füße bekam und weil er ein Bekenntnis bedeutet zur Einheit des Reiches, zur freiwirtschaftlichen Gestaltung eines neuen Staatlichen Seins. Kardorff schilderte dann das Chaos und die Verwirrung im November des Jahres 1918. In wenigen Tagen war es als das Deutsche Reich ein Haufen von Schutt und Trümmern. Kardorff prägte hier das Wort: „Es war mehr ein Einsturz als ein Umsturz.“ Zwei Männer haben damals Deutschland vor dem Untergang bewahrt, Hindenburg und Ebert. Hindenburg führte die Arme geordnet in die Heimat zurück, Ebert schrieb die Wahlen zur Nationalversammlung aus. Kardorff zitierte das Wort Hindenburgs über Ebert, in denen Hindenburg das Verbleiben Eberts um Ruhe und Ordnung nach dem Zusammenbruch und seine Treue dem deutschen Volke gegenüber rühmt.

Dann berührte Kardorff die beiden Fragen der Staatsform und der Flagge, die die Weimarer Verfassung geregelt hat und um die noch heute der innerpolitische Streit geht. Er (der Redner) selbst hänge mit heißer Liebe an Schwarz-Weiß-Rot und halte den Farbenwechsel für einen Fehler. Aber trotzdem müsse er bekennen, daß die gesetzlich festgelegten Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold geachtet werden müssen. Darüber hinaus müsse bekannt werden, daß die Farben Schwarz-Rot-Gold mit der deutschen Geschichte aufs engste verknüpft seien. Besonders wies er darauf hin, daß diese Farben das Sinnbild des großdeutschen Gedankens seien, an dem Deutschland festhalte.

Es gab stürmischen Beifall, als Kardorff ausrief, auf die Dauer werde keine Macht der Erde stark genug sein, den Anschluss Österreichs an Deutschland zu verhindern. Herr von Kardorff hielt es dann für nötig, das gleiche Maß von Achtung auch für Schwarz-Weiß-Rot zu fordern, eine Forderung, die er dann zum Teil damit begründete, daß Schwarz-Weiß-Rot mit der schwarz-rot-goldenen Wäp die deutsche Handelsflagge ist.

Kardorff wandte sich dann zwei anderen inneren Fragen zu, dem Klassenkampf und dem Kulturkampf. Das neue Ethos könne nur auf der Grundlage von Nationalstaat und sozialer Gerechtigkeit aufgebaut werden. Die breiten Arbeitermassen müssen mit Freude am Staat und mit Verantwortungsgefühl gegenüber dem Staat erfüllt werden. Auch die Gegensätze, die sich aus den Auswirkungen des Kulturkampfes ergeben, müßten in gegenseitiger Toleranz ausgeglichen und überwunden werden. Als erschwerendes Moment komme hinzu, daß Deutschland kein Einheitsstaat sei. Deutschland müsse auf dem Weg zum Einheitsstaat unter Schonung des historisch Gewordenen weiter fortschreiten. Das dringende Problem sei das Verhältnis zwischen Preußen und dem Reich. Notwendig sei eine Stärkung der Reichsgewalt und eine klare Abgrenzung der Machtbefugnisse von Reich, Ländern und Ge-

Mit der Beilage: 43. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

münden in verwaltungsrechtlicher und finanzieller Hinsicht. Schließlich forderte von Kardorff, daß die Stellung des Reichspräsidenten gehoben und gestärkt werde. Am Schluß seiner Rede wandte sich von Kardorff an das Ausland. „Wir fordern von der Welt im eigenen Interesse und im Interesse von Europa unser Recht auf Freiheit.“ Deutschland habe, nachdem es immer wieder seinen Friedenswillen bewiesen habe, nachdem es vollständig entwaffnet und die Reparationslasten geregelt habe, das Recht, bitterste Beschwerde vor der Welt darüber zu führen, daß noch heute fremde Truppen innerhalb der deutschen Grenzen stehen.

Nach Dankworten an die Bevölkerung des besetzten Gebietes und der Saar ließ von Kardorff seine Rede ausklingen in die Mahnung zur Einigkeit und in das Bekenntnis des Glaubens an die deutsche Zukunft.

Hierauf ergriff Reichsminister Dr. Marx das Wort zu einer kurzen Ansprache, in der er ausführte, daß das Verständnis für das Verfassungsweck auch in den Kreisen zu erwachen beginne, die ihm bisher innerlich gleichgültig und ablehnend gegenüberstanden. Der Reichsregierung obliege nicht nur die Pflicht, die Verfassung gegen jeden ungesetzlichen Angriff zu verteidigen, sie habe auch dafür zu sorgen, daß das Grundgesetz des neuen Volksstaates selbst die gebührende Achtung und Anerkennung genieße. Marx schloß: „Unser geliebtes Vaterland und das in der Republik geeinigte deutsche Volk — sie leben hoch!“

Mit dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes schloß die Feier.

Auf dem Platz der Republik hatte sich während des Festaktes im Reichstagsgebäude eine nach vielen Tausenden zählende Menge eingefunden. Punkt 12 Uhr rückte unter klingendem Spiel die Ehrenkompanie auf. Während der Feier im Reichstage spielte die Kapelle. Um 1 Uhr geht Bewegung durch die Menge. Das Hauptportal des Reichstages wird geöffnet und kurz darauf erscheint der Reichspräsident, an seiner Seite Reichstagspräsident Lobe und General Hege. Dann ein kurzes Kommando und die Ehrenkompanie präsentiert die Gewehre. Die Kompanie spielt den Präsentiermarsch und dann das Deutschlandlied. Währenddessen wird der Reichspräsident von nicht enden wollenem Jubel der Menge begrüßt. Der Reichspräsident schreitet dann die Ehrenkompanie ab. Er schüttelt den Offizieren die Hand und hört dann noch den Vortrag eines Chores „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern“. Darauf beisteigt der Reichspräsident mit dem Reichstagspräsidenten den Wagen, und während sich der Wagen langsam in Bewegung setzt, begleiten ihn wieder die Schreie der Menge.

Bei einer auf Donnerstagabend in das Haus der Kunstindustrie, das bis auf den letzten Platz besetzt war, einberufenen Festversammlung, an der auch die Reichsregierung und die preußische Staatsregierung unter Führung des Reichstagspräsidenten Marx bzw. des Ministerpräsidenten Braun und zahlreiche andere führende Persönlichkeiten teilnahmen, hielt der preußische Kultusminister Dr. Beder die Festrede, in der er die republikanische Reichsverfassung als die Erzieherin zu staatsbürgerlichem Denken einer aufsteigenden Generation feierte und erklärte, daß die in einfacheren Zeiten historisch gewordene Monarchie für die schwierige Gegenwart und ganz gewiß für eine noch schwierigere Zukunft nicht mehr die von den Zeitaufgaben geforderte Staatsverfassung ist. — Reichstagspräsident Dr. Marx betonte, daß sein staatsbürgerliches Verantwortungsbewußtsein mehr daran denke, an den Grundzügen der Weimarer Verfassung zu rütteln. Das Verfassungswort als Ganzes mit seinen wesentlichen Bestimmungen sei heute ernsthaft nicht mehr umritten. Mit einem dreifachen Hoch auf Volk, Vaterland und Republik und dem Gesang des Deutschlandliedes schloß die Feier. — Im Anschluß daran brachten die verfassungstreuen Organisationen der preußischen Staatsregierung einen Festsatzung dar, der sich von der Kunsthalle nach dem Reichstag bewegte.

Zwischenfall bei der Verfassungsfeier in Halle

Die von den Behörden angeordnete Verfassungsfeier im Thalia-Theater in Halle nahm einen unerwarteten Verlauf. Als Festredner war der Professor der Philosophie an der Universität, Paul Menzer, bestimmt. Er sprach von der Gedankensfeier, vom Kaiser und vom Kronprinzen und richtete schwere Angriffe gegen den preußischen Kultusminister Beder. Darauf entstand in der Versammlung große Aufregung. Trotzdem der demokratische Polizeipräsident Dörge den Redner doch um Mäßigung ersuchte, setzte Menzer seine Ausführungen fort. Darauf forderte ein Teilnehmer der Kundgebung auf, den Saal zu verlassen. Dem wurde teilweise Folge geleistet unter Abhören des Reichsbannerliedes und „Frei Heil-Rufen“ auf die Republik. Nehi trat Menzer ab. Ein Reichsbannermann sprang auf die Bühne und protestierte gegen die Rede. Ein Hoch auf die deutsche Republik und ein Gesang des dritten Verses des Deutschlandliedes beendeten die Feier.

Der Regierungspräsident von Merseburg hat auf Grund eines eingehenden Berichtes des Polizeipräsidenten wegen der Angriffe des Festredners auf Kultusminister Dr. Beder, sowie wegen des sonstigen Inhaltes der „Festrede“ dem preußischen Kultusminister berichtet und im Hinblick auf die äußerst starke Erregung, die die Ausführungen Prof. Menzer ausgelöst hätten, die sofortige Entsendung eines Untersuchungskommissars dringend angeregt.

Der Reichspräsident hat sich am Donnerstagabend mit dem fahrplanmäßigen Münchener Zuge nach Oberbayern begeben, um dort in Dietramszell bei Tölz einen etwa vierwöchigen Erholungsurlaub auf dem Lande zu nehmen. Der Reichspräsident v. Hindenburg traf heute, Freitag, vormittag in München ein. Ein offizieller Empfang fand auf Wunsch des Reichspräsidenten nicht statt. Vor dem Bahnhof hatten sich Hunderte eingefunden, die dem Reichspräsidenten lebhaftes Guldigungen bereiteten. Mit einem Kraftwagen der Landespolizei setzte der Reichspräsident, begleitet von seinem Sohne, die Fahrt nach Dietramszell fort. Bei der Fahrt wurde er wiederum jubelnd begrüßt.

Dank an Hindenburg. In einem Aufruf, der von den Führern der Landwirtschaft, der Industrie, des Einzelhandels, des Handwerks, des Großhandels, des Bank- und Versicherungsgewerbes und der Seefahrt unterzeichnet ist, wird der Gedanke freudig aufgenommen, Hindenburg als dem Verteidiger der Heimat zu dessen 80. Geburtstag den alten Hindenburgischen Familienbesitz, der nicht weit von der Stätte seiner Wiege gelegen ist, zum Geschenk zu machen. Eine öffentliche Sammlung lehnen die Unterzeichneten ab. Sie bitten nur, ein Scherlein beizutragen, damit das, was des Deutschen vornehmste Pflicht ist, die Dankbarkeit, sich durch die Tat bezeugen kann.

Hörungsabsicht. Wie aus Magdeburg berichtet wird, verabschiedete sich Oberpräsident Höring am Mittwoch von den Beamten und Angestellten seiner Behörde, sowie von den leitenden Beamten der Regierung und der staatlichen Polizeiverwaltung. Unter anderen Rednern sprach Vizepräsident Dr. Hausmann ihm den Dank der Beamenschaft aus.

Die Behauptungen General Guillaumats

Von unterrichteter zuständiger Stelle hört die „Kölnische Zeitung“ zu den Behauptungen des Generals Guillaumats u. a. folgendes:

Wenn das französische Kriegsministerium die Authentizität des Berichtes des Generals Guillaumat nicht in einer Evasmeldung bestätigt hätte, würde man es kaum glauben, daß eine Persönlichkeit, wie der General Guillaumat, es fertig bringt, seiner Regierung in dienstlicher Form derartige Behauptungen und Ansichten vorzutragen. Der General behauptet nichts weniger, als daß die deutsche Regierung seit ungefähr einem Jahre systematisch den Plan durchzuführen suche, im besetzten Gebiet eine Streitkraft zu bilden, die gegebenenfalls schnell gegen die Franzosen vorgehen könnte. Zunächst behauptet General Guillaumat, daß die deutsche Regierung das Ziel verfolge, die Rekrutierung und Instruktion der Jugend des besetzten Gebietes zu sichern, um sie unmittelbar für militärische Zwecke verwenden zu können. Vor allem erstrebe Deutschland die Ausbildung künftiger Infanteristen. Der General weist hierbei auf die Gründung von zahlreichen sportlichen Vereinen hin. Es genügt hierzu zu sagen, daß die sich über die ganze Welt verbreitende sportliche Bewegung natürlich auch in Deutschland und im besetzten Gebiet nicht spurlos vorübergegangen ist. Der deutsche Sport hat nichts zu verheimlichen. Es ist einfach unklar, daß sich unter den führenden Persönlichkeiten des Sportes auch nur ein erheblicher Prozentsatz von ehemaligen Offizieren oder gar Unteroffizieren befände. Nach den Behauptungen des Generals Guillaumat würde die Jugend auch, um sie zu Infanteristen heranzubilden, im Scharfschießen unterrichtet. Vor allem ist darauf hinzuweisen, daß es sich bei diesen Verbänden um alte historische Vereine handelt, deren Ursprünge oft bis ins Mittelalter zurückreichen.

Der General beunruhigt ferner die Tatsache, daß die Gendarmen, Förster, Postbeamten und Schulleute, im ganzen mehrere tausend Mann, von der Internationalen Rheinlandkommission Erlaubnis zum Waffentragen erhalten haben. Das kann aber der deutschen Regierung nicht im geringsten zum Vorwurf gemacht werden, da es im besetzten Gebiet keinen mit Revolvern oder Karabinern ausgerüsteten Zollbeamten oder Landjäger gibt, der hierzu nicht die ausdrückliche Erlaubnis der Rheinlandoberkommission erhalten hätte.

Aber der weitestgehende Plan der deutschen Regierung umfaßt nach Ansicht des Generals Guillaumat nicht nur die Ausbildung von Infanteristen, sondern auch von Kavalleristen. Als Beweis soll das Bestehen von Reiterkorpsvereinen dienen. Daß sich im besetzten Gebiet wie im übrigen Deutschland ländliche Reitervereine gebildet haben, ist nicht zu bezweifeln. Irgeinein Geheimnis besteht nicht. Weder die Reichswehr noch irgendeine andere deutsche Behörde hat mit dieser Bewegung auch nur das geringste zu tun.

Besonders befremdend sind die Berichtsaussagen über die Entwicklung der deutschen Luftschiffahrt im besetzten Gebiet. Deutschland hat das Recht zur Anlage von vier Flugplätzen im besetzten Gebiet und der entmilitarisierten Zone erhalten, außerdem zur Anlage von 12 Landestellen. Diese hohe Zahl der Flugplätze im besetzten Gebiet und in der entmilitarisierten Zone erklärt sich dadurch, daß das Rheinland bekanntlich die stärkste Ansammlung von Großstädten in ganz Deutschland umfaßt. Noch in den letzten Tagen hat die Internationalisierte Rheinlandkommission die Anlage von Flugplätzen in Erbenheim, Kaiserslautern und in Koblenz genehmigt. General Guillaumat macht aber daraus einen Angriffspunkt der deutschen Regierung. Können solche Behauptungen aus dem Munde eines hohen Militärs ernst genommen werden? Sorge bereitet ihm auch die Ausübung des Segelfluggewerbes im besetzten Gebiet, obgleich jedermann weiß, daß eine militärische Verwendung des Segelfluggewerbes überhaupt nicht in Frage kommt.

Einen weiteren Beschwerdepunkt bildet die von deutscher Seite in Aussicht genommene Ausdehnung des bestehenden Eisenbahn- und Straßenbahnnetzes im besetzten Gebiet.

Geradezu lächerlich muß der Teil der Ausführungen des Generals wirken, der sich mit der Zunahme des Automobilverkehrs im Rheinland beschäftigt. Jeder Kenner der deutschen Automobilindustrie und des deutschen Staats weiß, daß die deutsche Regierung nicht einen Pfennig zur Unterhaltung der Automobilindustrie zahlt.

Auch die Ortsgruppen der Sanitätskolonnen sind ein Punkt, auf den der General in seinem Bericht eingeht. Man sollte meinen, daß die Besatzungsbehörden, wenn sie wirklich ernsthaft Beschwerte über ein vertragswidriges Verhalten der deutschen Regierung vorzubringen hätten, dafür den gegebenen Weg, nämlich bei dem deutschen Reichskommissar für die besetzten Gebiete einschlagen würde. Durch nichts wird der Bericht des General Guillaumat aber besser geteuschelt als durch die Sätze, mit denen er schließt. Der General sagt hier, daß für die von ihm geschilderten, bedrohlichen Zustände, die Angehörigen verantwortlich seien, die die Besatzungsmächte der deutschen Regierung nach Locarno gemacht haben. Nur die Anwesenheit der Besatzungstruppen, so meint er, halte jetzt noch die volle Entwicklung des deutschen Regierungsprogramms auf, dessen reiflose Durchführung nach Räumung der besetzten Gebiete durch nichts mehr werde gemildert werden können.

Das besagt alles; hier wird die Absicht, die der Bericht verfolgt, offen eingestanden. Hier werden auch die Mittel, die zur Erreichung dieser Absicht angewendet werden, in das rechte Licht gerückt. Diese Mittel sind nicht besser als diejenigen, mit denen ein Teil der französischen Diplomatie neuerdings gegen Deutschland Stimmung zu machen sucht. Man möchte hoffen, daß das ganze Spiel zu durchsichtig ist, als daß es nicht auch vom französischen Volke ohne weiteres durchschaut würde.

Unterstützte Erwerbslose am 1. August 1927. In der 2. Julihälfte ist die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 388 000 auf 358 000 zurückgegangen, die der weiblichen von 104 000 auf 95 000, die Gesamtzahl von 492 000 auf 453 000, also um rund 89 000 gleich 8 Prozent. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Familienangehörigen) hat sich im gleichen Zeitraum von 544 000 auf 503 000 vermindert. Der Gesamtzuwachs in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im Monat Juli beträgt rund 88 000 gleich 16,2 Proz. — Über die Krisenfürsorge liegt eine neue Zahl noch nicht vor.

Vertagte Schachtprozesse. Wie die „B. Z.“ berichtet, sollte heute Freitag in Berlin über drei Verurteilungen gegen Urteile wegen Beleidigung des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht verhandelt werden. Im Prozeß gegen den Provinziallandtagsabgeordneten Beer und dem Fabrikanten Roll wurde behauptet, daß der Reichsbankpräsident falsche Angaben über den Umlauf der alten Tausend-Markscheine vor Gericht gemacht habe. Der Verteidiger im ersten Prozeß, Rechtsanwalt Dr. Gerold, war trotz wiederholter Ladung nicht erschienen. Die Verhandlung wurde vertagt und Dr. Gerold zu 1000 M Geldstrafe verurteilt. Auch der Prozeß gegen den Betriebsanwalt Winter wurde vertagt.

Politische Neuigkeiten

Die außenpolitische Lage

Das Reichskabinett hielt am Mittwoch die angekündigte Sitzung ab, in der ein Vortrag des Reichsaußenministers über die auswärtige Lage entgegengenommen wurde.

An die Ausführungen des Reichsaußenministers schloß sich eine Aussprache, welche die Übereinstimmung über die in Frage stehenden außenpolitischen Probleme ergab.

Die „Tägl. Rundsch.“ bemerkt zu dem offiziellen Kommuniké über die Sitzung: Das Ergebnis ist, daß der Reichsaußenminister für seine Außenpolitik das Kabinett in Einmütigkeit und Geschlossenheit hinter sich hat. Der Reichsaußenminister geht mit freien Händen nach Genf. Der deutsche außenpolitische Kurs ist in keiner Weise festgelegt, sondern wird sich gang der Situation anpassen, die Dr. Stresemann in Genf vorfindet.

Den Blättern zufolge, rechnet man mit der Möglichkeit, daß die Mitglieder der Reichsregierung diese Woche noch einmal zu einer Besprechung zusammenkommen, die zum Gegenstand die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlung haben werde.

Die Besatzungsfrage

Französischen Blättern zufolge, soll der französische Minister eine Verabsiegung der Besatzungsgruppen im Rheinland tatsächlich beschließen, sich aber vorerst auf eine Ziffer noch nicht festgelegt haben; jedoch werde von 5000 Mann gesprochen. Ein neuer Minister am 19. August werde die endgültige Ziffer festsetzen. — Nach einer Meldung des Londoner „Daily Telegraph“ sei in den letzten in formellen Besprechungen zwischen London und Paris die britische Regierung für eine wesentliche Verminderung der französischen Truppen eingetreten. Das Blatt meint, 5000 Mann genüge wohl nicht. Falls Frankreich seine Besatzung um etwa 10 000 Mann vermindere, sei die britische Regierung bereit, das britische Kontingent um etwa 1000 Mann herabzusetzen.

Das Pariser Blatt „Excelsior“ hatte berichtet, daß in einer Unterhaltung zwischen Briand und Höch über „gerechte und vernünftige Gegenleistung Deutschlands“ für die Verminderung der Truppenzahl im besetzten Gebiete verhandelt worden sei. Wie die „Tägl. Rundsch.“ feststellen kann, ist über Gegenleistungen Deutschlands nicht verhandelt worden, auch nicht zwischen Briand und Höch. Frankreich hat solche neuen Gegenleistungen weder verlangt, noch angedeutet, das Blatt glaubt ferner Grund zu der Annahme zu haben, daß die Ansicht französischer militärischer Kreise, daß eine Stärkerherabsetzung der Besatzungsgruppen um höchstens 5000 Mann nicht in Frage komme, nicht die Ansicht des französischen Ministeriums sei. Man dürfe eine höhere Zahl als sicher annehmen.

Das Reichsbanner

Aber die Dienstagabend in Magdeburg abgehaltene Bundesvorstandssitzung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold wird vom Bundesvorstand mitgeteilt:

„In der Bundesvorstandssitzung nahmen alle Bundesvorstandsmitglieder aus den verschiedenen Parteien teil. Bundesvorsitzender Höring legte nochmals die Gründe dar, die ihn bewegen haben, sein Amt als Oberpräsident niederzulegen. Er würdigte die gegen seinen Wunsch vorgebrachten Bedenken und versicherte, er habe sich überzeugt, daß der Austritt des Reichstagspräsidenten Marx aus dem Reichsbanner ein Schritt des Reichstagspräsidenten und nicht des Parteiführers Marx gewesen sei. Höring erklärte, er werde an der überparteilichen Grundlage des Reichsbanners nicht rütteln lassen; er werde von sich aus alles tun, um auch bei dringenden Anlässen vor Bundesvorstandsmitgliedern das Einverständnis aller Bundesvorstandsmitglieder einzuholen.“

Als Wortführer der Mitglieder aus der Zentrumspartei sprachen die Reichstagsabgeordneten Joss und Dr. Krone, für die Demokraten Landtagsabgeordneter Dr. Rohner und Major a. D. Hauf, für die Sozialdemokraten Wöhlermann und Krüger.

Die eingehende, in kameradschaftlicher Form geführte Aussprache ergab, daß es keine unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten im Reichsbanner gibt. Alle Redner wünschten enge Fühlungnahme und ständige Verbundenheit in allen Organen des Bundes, um das Handeln des Reichsbanners jederzeit in Übereinstimmung mit seiner überparteilichen Grundlage zu bringen. Von Kreisen, die dem Reichsbanner feindlich oder fremd gegenüber stehen, ist beauptet worden, die organische Struktur des Bundes bedinge ein Übergewicht der Sozialdemokratie in der Führung. In Hand einer Aufstellung über die Zusammenlegung der Gauvorstände wurde nachgewiesen, daß Gauen, deren Mitgliedschaft weit überwiegend aus Sozialdemokraten besteht, von Gauvorständen geführt werden in denen Demokraten und Zentrum die Mehrheit besitzen. Es wurde festgestellt, daß grundlegende organisierte Veränderungen nicht notwendig sind, um die Überparteilichkeit der Führung zu sichern.

Über die Notwendigkeit, das Reichsbanner als überparteiliche Organisation aller deutschen Republikaner zu erhalten, werden in aller Öffentlichkeit gelegentlich der Leipziger Bundesvorstandssitzung Höring, Dr. Krone, Dr. Wirth und Anton Erkeling sprechen.“

Die Wiener Reise des preußischen Innenministers. Zu der Meldung über eine angelegte Geheimreise des preußischen Innenministers Orzeszinski nach Wien wird von zuständiger Berliner Stelle mitgeteilt, daß eine Wiener Reise schon seit Monaten auf dem Programm des preußischen Innenministers stand und für den Tag seines Urlaubsbeginns, dem 7. August, festgesetzt war. Minister Orzeszinski beabsichtigte lediglich, die ihm als preußischen Polizeiminister besonders interessierende Organisation der Wiener Polizei zu studieren und hat diesen Voratz auch in den drei Tagen seines Wiener Aufenthaltes ausgeführt. Er hat während der ganzen Zeit seiner Anwesenheit in Wien politisch stärkste Zurückhaltung bewahrt und auch mit keiner politisch irgendwie exponierten Persönlichkeit Unterredungen gehabt, sich vielmehr ausschließlich auf die polizeilichen Studien beschränkt.

Giffaktion für die preußischen Beamten. Im preußischen Finanzministerium sind laut „Vorwärts“ unter Ausschüttung der vorhandenen Mittel für die verheirateten Beamten der Gruppen bis IV ohne Antrag, für die Gruppen darüber auf Antrag 50 M und 10 M für jedes Kind ausgezahlt worden. Das Finanzministerium hat den anderen Ministerien anheim gestellt, im Rahmen der vorhandenen Mittel ähnlich zu verfahren. Wie das „B. Z.“ hört, ist die Unterstützungsbaktion für die Beamten auch in den übrigen preußischen Ministerien bereits geregelt.

Russische Studenten gegen den Bolschewismus. Dem „Daily Telegraph“ wird aus Moskau gemeldet, daß unter den Studenten der sowjetrussischen Hauptstadt gegenwärtig ein immer heftiger werdender Kampf gegen die marxistischen und kommunistischen Doktrinen entbrannt sei. In Semirgrad und Charkow gewinne der Katholizismus stark an Boden.

Todesfall. Geheimrat Oberarchivar Dr. phil. Albert Krieger, gebürtig aus Gaggenau, der hier im Ruhestand lebte, ist 66 Jahre alt gestorben.

Die neue evangelische Kirchenfahne. Gestern — am Verfassungstage — hat die oberste evang. Kirchenbehörde zum erstenmal ihr Dienstgebäude mit der neuen evangelischen Kirchenfahne beflaggt. Sie zeigt auf weißem Grunde ein dunkelvioletttes Kreuz. Sie ist in allen deutschen Landeskirchen die gleiche und so ein Wahrzeichen des deutschen evangelischen Kirchentums.

Farbenänderung der 5 Pf.-Marke. Da die neue 8 Pf.-Marke mit dem Kopfbildnis Beethovens — wie die Marke zu 20 Pf. — in dunkelgrüner Farbe vorgesehen ist, wird künftig um Verwechslungen zu vermeiden, die Marke zu 5 Pf. mit dem Kopfbildnis Schillers in einem helleren Grün als bisher hergestellt.

Südwestdeutsche Meisterschaftsspiele der D. F. Ein besonderes sportliches Ereignis werden die am 18. August auf dem Waldspielplatz des Männerturnvereins in Wiltpark stattfindenden Spiele um die Südwestdeutsche Meisterschaft bilden. Es treffen sich hier die besten Mannschaften von Baden und der Pfalz in Schlagball und Faustball, so daß Spiele von höchster Kollisionskraft zu erwarten sind.

Wiener Operette im Konzerthaus. Heute abend findet die endgültig letzte Aufführung der melodischen Operette „Wiener Blut“ von Johann Strauß statt als Volksvorstellung zu stark ermäßigten Preisen. „Paganini“ die große Operettenneuheit von Franz Lehár geht mit Peter Dörsner als Gast in der Titelrolle morgen zum 2. und Sonntag zum 3. Mal in Szene. Für Sonntag nachmittags ist die letzte Aufführung der „Dollarpinzessin“ als Volks- und Fremdenvorstellung zu stark ermäßigten Preisen (1-4 M.) angesetzt.

Wetternachrichten der Badischen Landeswetterwarte. Das Eindringen ozeanischer Luftmassen aus Westen führte gestern bei uns allenthalben zu Regenfällen, die strichweise in Gewitterbegleitung auftraten. Die Temperaturen gingen weiterhin zurück. Für die nächsten Tage steht Fortdauer des inzwischen eingetretenen Westwetters in Aussicht. Wetterausblick für Samstag: wechselnd wolkig, bei zeitweise aufsteigenden Winden, einzelne Regenfälle, strichweise in Gewitterbegleitung.

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Heidelberg, 10. Aug. Der Senat der Universität hat Frau Fanny Hoffmann, Witwe des Geheimen Rats, Prof. Dr. F. Hoffmann, in dankbarer Würdigung ihrer der Universität erwiesenen großzügigen Unterstützung die Würde eines Ehrenbürgers der Universität verliehen.

Dr. Malsch bei Ettlingen, 11. Aug. In den Wäldern bei Malsch, in denen mehrere Wildschweine haufen sollen, die an den Saatfeldern erhebliche Schäden anzurichten pflegen, gelang es, eine Wildsau mit vier Jungen aufzuspielen und die Sau selbst zur Strecke zu bringen, während die Jungen

entkamen. Das erlegte Tier war heute zur Besichtigung ausgestellt.

Dr. St. Blasien, 9. Aug. Am vergangenen Sonntag wurden die Gebrüder Reginkerts von Seitenbüren, des Stifters und Gründers von St. Blasien in einem feierlichen Gottesdienste an ihren nunmehrigen Standort unterhalb des Pfaffenkreuzes im Chor der Kirche verbracht. Zu dieser Feierlichkeit hatten sich die Vereine St. Blasien, wie am Fronleichnamstage mit ihren Fahnen eingefunden. In der Festpredigt wurde die Geschichte Reginkerts, der Grund seiner Stiftung und Gründung St. Blasien und die Arbeit der St. Blasianschen Mönche vor der Aufhebung des Klosters in St. Paul in Rärnten geschildert. An die Predigt schloß sich ein lebhaftes Hochamt an.

Dr. Bellingen, 9. Aug. Die gegenwärtige günstige Lage der Uhren- und Fremdenindustrie wirkt sich in der Arbeitsmarktlage der Bezirksämter Donaueschingen und Bellingen weiterhin aus. Die Zahl der Erwerbslosen ist im Monat Juli von 841 auf 878 gefallen. Im Juni betrug der Aufwand für Unterhaltungen noch über 52 000 M.

Dr. Ludwigshafen, 12. Aug. Die neue Straßenbahnlinie von Ludwigshafen nach Oppau ist gestern mit einer festlichen Probefahrt und anschließendem Festakt eröffnet und in Betrieb genommen worden. Die Fahrzeit auf der Strecke, deren Bau von den Interessenten schon lange ersehnt worden war, beträgt 13 Minuten.

Dr. Basel, 10. Aug. Nachdem heute nachmittags auf dem Marktplatz große Protestkundgebungen zum Fall Sacco-Vanzetti stattgefunden hatten, wurde gegen 21 Uhr in dem Tramwarenhäuschen am Dorfplatz eine Bombe zur Explosion gebracht, durch welche 15-20 Personen — zum Teil schwer — verletzt wurden. Die unverzüglich eingeleitete amtliche Untersuchung hat bisher noch keine sicheren Anhaltspunkte über die Urheber ergeben. Einer der Schwerverletzten, ein Straßenbahnbedienter, ist bald nach Einlieferung in das Krankenhaus gestorben, der Verunglückte hinterläßt Frau mit 5 Kindern. Man hofft, weitere Schwerverletzte am Leben erhalten zu können.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	12. August		10. August	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.45	168.76	168.56	168.90
Kopenhagen 100 Kr.	112.59	112.81	112.68	112.90
Italien 100 L.	22.89	22.93	22.91	22.95
London 1 Pf.	20.427	20.467	20.445	20.485
Neuhort 1 D.	4.2025	4.2105	4.2055	4.2135
Paris 100 Fr.	16.47	16.51	16.48	16.52
Schweiz 100 Fr.	81.01	81.17	81.045	81.205
Wien 100 Schilling	59.18	59.30	59.23	59.35
Brag 100 Kr.	12.454	12.474	12.485	12.505

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungsstelle vom 9. August d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 10 1/2 d, bzw. für ein Gramm Feingold 82,7375 Pence.

Die Uhrenfabrik vorm. L. Furtwengler Söhne A.-G. in Furtwangen fordert zur Einreichung der Aktien bis 15. November auf zur Durchführung der bekannten Kapitalaufammenlegung 8 : 1 auf 400 000 M.

Staatsanzeiger

Der Landwirtschaftskammer für Hessen in Darmstadt wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb in Baden erteilt. Karlsruhe, den 8. August 1927.

Der Minister des Innern
J. B.: Föhrnbach

Dem Verein für das Deutschtum im Ausland in Berlin wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb in Baden erteilt. Karlsruhe, den 8. August 1927.

Der Minister des Innern
J. B.: Föhrnbach

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Ernannt:

Polizeisekretär Heinrich Lepp in Karlsruhe zum Polizeikommissär.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Zurückgesetzt auf Ansuchen:

Gendarmekommissär Konstantin Oser in Vogberg.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Der ordentliche Professor an der Universität Kiel Dr. Wilhelm von Mühlenhoff mit Wirkung vom 1. Oktober 1927 an zum ordentlichen Professor der Anatomie an der Universität Freiburg. Oberregierungsrat Gustav Bachmann an der Landesstelle für Gewässerkunde in München zum ordentlichen Professor für Kulturtechnik und Elemente des Ingenieurwesens an der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Ministerium der Finanzen

Fortabteilung

Ernannt:

Vermessungsekretär Paul Gruner beim Vermessungsbüro der Fortabteilung zum Vermessungsoberssekretär.

Badische Historische Kommission

Die Mitglieder und Mitarbeiter der Badischen Historischen Kommission setze ich in Kenntnis, daß unser ordentliches Mitglied, der Sekretär der Badischen Historischen Kommission

Herr Geheimer Archivar

Dr. Albert Krieger

am 8. d. Mts. plötzlich verschieden ist.

Wir betrauern in dem Dahingegangenen, der während mehr als 20 Jahren als Sekretär der Historischen Kommission sich durch tatkräftige Förderung ihrer Interessen hervorragende Verdienste um sie erworben hat, einen allseits verehrten Kollegen und ausgezeichneten Mitarbeiter, dessen Andenken unvergänglich bleiben wird.

Freiburg i. Br., den 10. August 1927.

Der Vorstand

der Badischen Historischen Kommission:

H. Finke.

Die Beisetzung fand am 10. August 1927, vormittags 11 Uhr, in Karlsruhe in aller Stille statt.

6.630

Operette im Konzerthaus

Morgen Samstag, den 13. August 1927, abends 7 1/4 Uhr

die große Operettenneuheit

Paganini

Karten bei Müller, Kaiserstr., Holzschuh, Werderstr., Brunner, Kaiserallee, Verkehrsverein, Kaiserstr., Konzerthauskasse, teleph. 1760 zu M. 1.70-3.60. Sonntag: Dollarpinzessin, Paganini

6.621

Städtische Sparkasse Borberg

Öffentliche Verbandssparkasse.

Bilanz per 31. Dezember 1925.

Vermögen.		Schulden.	
RM	RM	RM	RM
Schuldscheindarlehen	90 938,03	Spareinlagen	92 530,28
Zinsen in laufender Rechnung	210 020,57	Giroeinlagen	36 333,76
Einnahmerückstände	80,-	Anlehenskapitalien	148 280,16
Kassenvorrat	98,72	Rücklagen früherer Jahre	27 545,71
Reigenschaften	10 000,-	Reingewinn	6 468,41
Inventar	1,-		
	311 138,32		311 138,32

Borberg, den 10. August 1927.

Städtische Sparkasse Borberg.

6.295

Bürgerl. Rechtspflege

Streitige Gerichtsbarkeit.

2.206. Bretten. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Karl August Rißel Ehefrau Luise Emilie geb. Daub von Böfingen ist zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlußfassung über die Festsetzung der Vergütungen der Gläubigerausschußmitglieder — Schlußtermin bestimmt auf: Dienstag, den 30. August 1927, vorm. 11 Uhr, vor dem Amtsgericht Zimmer Nr. 4.

Bretten, 8. Aug. 1927. Amtsgericht.

Bericht, Bekanntmachungen

Trinkwasserleitung in Niederschwarzstadt nach den vorläufigen Bedingungenvorschriften vom 1. Juni 1924 zu vergeben. Bedingungenheft und Angebotsvordrucke (Abgabepreis 40 Pf.) liegen bei dem Reichsbahn-Bauamt Basel und Bahnmeisterei Rheinfelden auf. Angebote längstens bis zum Eröffnungstermin 18. August 1927, 11 1/2 Uhr, postfrei mit Aufschrift „Trinkwasserleitung einreichen.“ Aufschlagsfrist 2 Wochen.

Basel, 10. August 1927. Reichsbahn-Bauamt. 2.202

Der Abbruch des alten Stellwerks 2 auf Bahnhof Waldshut wird mit Überlassung der anfallenden Baustoffe an den Meistbietenden öffentlich vergeben. Angebote mit Aufschrift „Abbruch des alten Stellwerkgebäudes Bahnhof Waldshut“ sind längstens bis Donnerstag, den 18. d. M., vorm. 10 Uhr, bei mir einzureichen. Aufschlagsfrist 14 Tage. Waldshut, den 10. August 1927. Reichsbahn-Bauamt Waldshut. 2.200

Güterrechtsregister.

Durlach. 2.297 Güterrechtsregister. Eingetragen am 8. August 1927. Stöber, Wilhelm Friedrich, Kaufmann in Weingarten, und Wilhelm

Drud G. Braun, Karlsruhe

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht

Wir setzen hiermit die verehrl. Mitglieder davon in Kenntnis, daß wir am

Mittwoch, 10. August 1927

Ecke Garten- und Ritterstraße (Schmiederplatz)

unsere

Verteilungsstelle Nr. 40

eröffnet haben.

Wir bieten hiermit den Bewohnern der dortigen Gegend Gelegenheit, ihren Bedarf an

Lebensmitteln, Backwaren, Wein und Bier, Wasch- und Putzmitteln usw.

in unserer Genossenschaft zu decken und versichern, daß wir in unseren Verteilungsstellen nur Waren erster Qualität zu billigsten Tagespreisen abgeben werden. Mitglied kann jedermann durch Unterzeichnung einer in der Verteilungsstelle erhältlichen Beitrittserklärung werden. Der Geschäftsanteil beträgt 30 RM. und ist innerhalb 3 Jahren entweder durch Bareinzahlung oder durch Rückvergütungsgutschrift zu leisten.

Warenabgabe nur an Mitglieder!

Der Vorstand.

6.640

Öffentliche Erinnerung.

Auf 15. August ist das dritte Viertel an Vermögenssteuer für 1927 zu entrichten. Landwirte zahlen das dritte Viertel zusammen mit dem vierten Viertel auf 15. November 1927. An die Zahlung wird hiermit öffentlich erinnert. Eine besondere Mahnung erfolgt nicht mehr. Man verfolge nie bei den Zahlungen die Steuernummer anzugeben und zahle bargeldlos.

Karlsruhe, den 9. August 1927.

Die Finanzämter Karlsruhe-Stadt, Karlsruhe-Land und Ettlingen.

2.298